

Ortsplanung Unterägeri

ALG Wohin bewegen wir uns, was kommt noch und wann ist genug

Begrenzter Raum erträgt kein unbegrenztes Wachstum. Es braucht verantwortungsvolle Orts- und Zonenplanung, um auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte und reichhaltige Umwelt zu erhalten.

Von **Mariann Hess**

Das Ägerital wird als Tourismusregion und schönes Voralpentale gesehen. Eingangs Unterägeri heisst man die Besucherinnen und Besucher mit einem Plakat willkommen, das den See und die Hügelzüge des Ägeritals zeigt, wie sie wohl vor 3000 Jahren ausgesehen haben. Umso erstaunter sind die Gäste dann ob all der Villen und Häuserblocks, welche die Hänge schmücken. Den krönenden Abschluss macht ausgangs Oberägeri eine alles dominierende Hochhäuser-Überbauung mit Vorstadt-Charakter - und man fragt sich, ob man wohl den Abzweiger verpasst hat. Meine Gedanken richten sich an jene, die sich angesichts der vielen



Bild: z.V.g.

Mariann Hess, Kantonsrätin Alternative – die Grünen, Unterägeri.

Neubauten und in den Himmel ragender Wälder von Bauprofilen heute fragen, wohin sich Unterägeri bewegt, was noch kommen wird und wann genug ist. Wir können davon ausgehen, dass alles mit rechten Dingen zugeht, also gemäss Bauordnung, Zonenplan und weiteren Verordnungen, wie vom

Stimmvolk von Unterägeri bei der letzten Ortsplanungsrevision 2008 bestimmt. Der Eindruck von Goldgräberstimmung ist trotzdem naheliegend. Denn das Programm heisst maximale Ausnutzung und sofortige Realisation, ehe vielleicht eine Krise dem Boom ein jähes Ende setzt. Schon bald werden Bau- und Gemeinde an neuen Zonenplänen schmieden. Die Bau- und Immobilien-Lobby wird dabei nicht beiseite stehen. Wer glaubt, in zehn Jahren würden keine neuen Flächen eingezont, wie heute zur Beruhigung versichert wird, dürfte sich wohl täuschen. Doch Nachhaltigkeit wäre dann gefragt und keine weitere Zersiedelung. Über die Ortsplanung müssen wir uns jetzt schon Gedanken machen. Planen muss man im Voraus. Nur so haben wir die Chance, eine Gegenbewegung zur Wachstumsgesellschaft aufzubauen. Die Grüne Partei Unterägeri setzt sich dafür ein, sie ist die Alternative - und freut sich auf jede Unterstützung.

Wofür wir uns einsetzen

SP Die Immigrationspolitik ist nicht das einzige Thema

Der SP geht es um Fairness, um Rechte für Arbeiter, Mieter oder Minderheiten. Wir wünschen uns bezahlbaren Wohnraum, auch im Kanton Zug und möchten eine starke Bildung für alle und dementsprechend keine Sparübungen auf Kosten unserer Schüler, die die Zukunft von uns allen sind.

Von **Fabian Freimann**

In den letzten Monaten ist mir auf Onlineportalen aufgefallen, wie fremdenfeindlich der Inhalt einiger Kommentare ist. Ein Radiointerview, welches ich letzte Woche hörte, sprach ebenfalls von gehässigen bis fremdenfeindlichen Tendenzen in vielen Leserkommentaren. Dies verdeutlicht ein Beispiel von blick.ch: «Wenn es nach den Linken geht, dann sollte Europa 500 Millionen Afrikaner aufnehmen und untergehen. Zeigen wir dem roten Gesocks die rote Karte, auf dass die Schweiz und Europa überleben.» Da ich die Meinungsfreiheit toleriere, kann ich mit solchen Aussagen von Einzelpersonen leben, wenn dann



Bild: z.V.g.

Fabian Freimann, SP, Cham.

jedoch 804 Personen diesen Kommentar als positiv und nur 66 als negativ bewerten, komme ich ins Grübeln. Es drückt eine Haltung aus, die aus meiner Sicht von diversen Politikern genährt wird. Die Linken sollen an allem Schlechten schuld sein. Wenn dann auch Parteipräsidenten in ihren Interviews in die gleiche Trompete blasen, bekommen solche Aussagen noch mehr Gewicht. Mir scheint es, eine fal-

sche Aussage, die man immer wieder hört, habe mehr Wahrheitsgehalt, als eine Richtige, die man selten hört. Die Immigrationspolitik ist nicht das einzige Thema der SP. Viel wichtiger für mich wäre es aufzuzeigen, dass wir uns für viele andere Punkte ebenfalls einsetzen. Es geht uns um Fairness, um Rechte für Arbeiter, Mieter oder Minderheiten. Wir wünschen uns bezahlbaren Wohnraum, auch im Kanton Zug und möchten eine starke Bildung für alle und dementsprechend keine Sparübungen auf Kosten unserer Schüler, die die Zukunft von uns allen sind. Ebenfalls setzen wir uns für Errungenschaften wie unsere Sozialwerke ein, damit uns diese nicht verloren gehen. In den nächsten Wochen wird der Wahlkampf voll in Schwung kommen und wir Linken werden deutlich weniger präsent sein. Nun wäre mein Wunsch an die Wählerschaft, die Qualität von Aussagen über die Quantität zu stellen. Unserer fünf-köpfigen Delegation in Bern täte es gut, aus Politikern jeder Couleur zu bestehen.

Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los

Nehmen wir an, das Haus unseres Nachbarn ist abgebrannt. Die betroffene Familie steht buchstäblich auf der Strasse. Da sind wir spontan bereit, die schwer geprüfte Familie bei uns unterzubringen. Schliesslich geht es um eine Not-, aber auch Übergangslösung. In absehbarer Zeit wird die betroffene Familie eine Wohnlösung finden und mittelfristig in das neu erbaute Haus einziehen können. Bundesrätin Sommaruga und ihre Funktionäre der Asylwirtschaft suggerieren dem Volk, dass der zunehmende Bedarf an Asylunterkünften nur eine Not- und Übergangslösung bedeute und dass bald wieder geordnete Verhältnisse bestehen werden. – Weit gefehlt! Es drängen ja täg-

lich tausende neuer Asylanten nach Europa! Immer mehr Asylanten werden «vorläufig» aufgenommen und müssen die Schweiz nie mehr verlassen. 2013 konnten noch 30 Prozent aller Asylsuchenden in der Schweiz bleiben. 2014 waren es bereits 58 Prozent und heute sind es gegen 70 Prozent! Dazu kommt, dass ein beachtlicher Teil ohne Aufnahmechancen einfach untertaucht! Das Netzwerk mit Landsteuern ist ja hier längst aufgebaut! Die SVP ist die einzige Partei, die diese Miesere entschlossen anpackt. Dazu aber braucht sie genug Vertreter im National- und Ständerat, die durch ihr überzeugtes Handeln dieses Ziel zuverlässig anstreben. *Gregor Bruhin, Zug*

Bauernbrunch der SVP Menzingen

Auch dieses Jahr fand der traditionelle Bauernbrunch der SVP Menzingen am 15. August (Maria Himmelfahrt) auf dem Hof der Familie Sarah und Niklaus Elsener statt. Der Präsident der SVP Menzingen – Niklaus Elsener – durfte dieses Jahr über 100 Gäste begrüssen. In seiner Ansprache motivierte der Ehrengast, Nationalrat Albert Rösti (Wahlkampfleiter der SVP Schweiz), die anwesenden Personen möglichst viele Schweizerinnen und Schweizer für die kommenden richtungsweisenden Wahlen zu mobilisieren. Nationalrat Albert Rösti betonte, dass das Chaos im Asylwesen und die hohe Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge dazu geführt haben, dass die Asylgesuche in den letzten Jahren massiv zu-

genommen haben. Auch wurde während der laufenden Legislatur die Umsetzung von angenommenen Volksentscheiden wie beispielsweise der Ausschaffungsinitiative und der Masseneinwanderungsinitiative der SVP vom Parlament und Bundesrat verzögert. Beide Initiativen fanden in der Bevölkerung eine Mehrheit. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass die SVP auch in diesem Jahr wieder stark an Wähleranteilen gewinnt. Während sich anschliessend die anwesenden Personen bei Kaffee und Kuchen über politische Themen und natürlich die kommenden Wahlen unterhielten, konnten sich die vielen anwesenden Kinder auf der grossen «Hüpf-Burg» austoben. *Beni Riedi, Baar*

Schulstandort Finstersee

Der Regierungsrat hat unsere Stimmrechtsbeschwerde abgewiesen, da der Inhalt der Motion «Ja zum Schulstandort Finstersee» juristisch nicht gesetzeskonform ausgelegt werden könne. Das Motionsbegehren könne sich nicht auf die Ortsplanung 2006 berufen, da die Gebiete, wo sich die Kirche und das Schulhaus von Finstersee befinden, zwar im Nutzungsplan als Zonen öffentlichen Interesses enthalten sind, aber in der Bauordnung nicht stehe, für welche Bauten diese Zonen bestimmt sind. In der vorangehenden Ortsplanung von 1994 waren die öffentlichen Bauten der ganzen Gemeinde, entsprechend ihrer Nutzung, noch namentlich aufgelistet. Für sich hatte der Kanton wohlweislich in seinem Vorprüfungsbericht zur Ortsplanung 2006 für seine Anlagen im Bostadel eine Nutzungsbestim-

mung verlangt, die sodann in die Bauordnung aufgenommen wurde. In seinem Beschwerdeentscheid weist der Regierungsrat denn auch darauf hin, dass ein Motionsbegehren zulässig wäre, das explizit eine Nutzungsverpflichtung in der Bauordnung verlangen würde. Dass es ihm aber nicht zustehe, «die Motion in diesem Sinne auszulegen, da dies eine erhebliche materielle Änderung des eingereichten Motionsbegehrens beinhalten würde.» Vielmehr müssten wir Motionäre selber eine neue Motion einreichen, um unser Ziel zu erreichen. Das Anliegen sei rechtlich nicht von vorherin unmöglich. Die Motionäre müssten dieses Anliegen in einem neuen Vorstoss korrekt formulieren.

Im Namen der Interessengemeinschaft Finstersee: Josef Marty, Menzingen



Wieder in den Nationalrat

Gerhard Pfister



Neu in den Nationalrat

Monika Barmet



Neu in den Nationalrat

Andreas Hausheer

Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem brisanten Thema äussern?

Dann tun Sie es – wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu!

Senden Sie Ihre Leserbriefe an redaktion@zugerwoche.ch

